

Poppenbütteler Berg/ Ohlendieck #10:

Betreff: Aktuelle Informationen für unseren Stadtteil (1),
auch angrenzend zu Fiersberg/Lemsahl (2)

Datum: Don, 08 Okt 2015 14:30

Von: Ohlen Dieck <Ohlen.Dieck@web.de>

An: Ohlen.Dieck@web.de

Liebe interessierte Nachbarschaft,

Wie bereits nachgefragt erhalten Sie von uns erneut eine bewusst **sachliche Zusammenstellung aller uns bekannten Informationen**.

-> **Bitte leiten Sie diese E-Mail wie gehabt an Ihre persönlichen Kontakte weiter.**

Wie in der Vergangenheit **bekräftigen wir unsere Zielsetzung**: Schaffung einer ausgewogenen Lösung für ein gutes Miteinander von bedürftigen Flüchtlingen und verantwortungsbewussten Anwohnern in unserem Stadtteil - "**Gemeinsam in Poppenbüttel**".

Die auf der ersten Infoveranstaltung vom 1. Juli **vorgestellte Lösung (Modulbauten für bis zu 500 Menschen, gefolgt von 170 Wohneinheiten** auf derselben ausgewiesenen **2 Hektar großen Fläche**, im Rahmen eines geänderten Bebauungsplans mit angemessener Bürgerbeteiligung) schien uns in Anbetracht der angespannten Situation **eine tragfähige Lösung**, auch wenn wir von Anfang an für eine Unterbringung von unter 300 Menschen pro Wohnanlage plädieren. Diese Lösung hätte in gewisser Weise nicht nur Belange der unterzubringenden Flüchtlinge, sondern auch der direkten Anwohner, des bislang geltenden Landschafts- und Biotopschutzes, sowie der Bodendenkmalpflege respektiert.

In Folge dessen wäre unsere Empfehlung gewesen, sich **im Rahmen des Vereins "Poppenbüttel hilft" für die Integration zu engagieren**, denn nur durch aktive Mitwirkung von beiden Seiten entspannt sich so manche Herausforderung der unterschiedlichen Lebenssituationen (siehe <http://www.poppenbuettel-hilft.de/>).

Auch wenn in der **zweiten Info-Veranstaltung am 8.9.** noch versucht wurde, den Eindruck zu erwecken, diese Planung habe noch Bestand, wurde durch die alleinige Fokussierung auf die Modulbauten zwar nichts Falsches erzählt, **anscheinend jedoch bewusst bereits im Hintergrund vorbereitete massive Änderungen der Gesamtplanung verschwiegen**.

Damit wurde **Vertrauen zerstört und die Bereitschaft zum glaubhaften Dialog sowie zur Unterstützung regelrecht aufs Spiel gesetzt**.

(1) Zusammenfassung der unmittelbar NACH der Infoveranstaltung (8.9.) bekannt gewordenen Fakten zum Vorhaben Poppenbütteler Berg / Ohlendieck:

- **Mindestens 2/3 des Feldes bis Höhe Rode Ucht sollen aktuell bebaut werden**, lediglich ein 50 Meter breiter Streifen soll zu den angrenzenden Grundstücken frei bleiben [Q.1] (das entspricht insgesamt etwa den bisher maximal angenommen 7,5 Hektar, außerdem hat die Bezirksverwaltung insgesamt 14 Hektar in ihren internen Unterlagen zur Prüfung ausgewiesen, inkl. des Grünstreifens auf der anderen Seite des Poppenbütteler Bergs vor dem Golfplatz).

- Die **Erschließung des Feldes** soll überraschend **doch schon im Oktober** (vor dem Frost) beginnen [Q.3].
- Geplant ab Januar/ Fertigstellung zum Sommer 2016: **Mind. 500 Plätze in Modulbauten**, diese werden sicherlich aufgrund der aktuellen Umstände durch tatsächliche Belegung und ggf. Erweiterung überschritten [Q.1]. "Alle Standorte werden auf Anweisung des Senats auf **maximale Nachverdichtung** überprüft" [Q.2].
- Diese **Modulbauten** (sehr wahrscheinlich auf der ursprünglichen Ausgleichs-/Grünfläche, Seite Kramer-Kray-Weg) **werden 2017 wohl nicht abgebaut**, sondern wie üblich über mehrere Jahre genutzt.
- **Nun doch parallel (!)** dazu [Q.1] sollen Ende 2016 die **inzwischen von 170 um + 130 = 300 Wohneinheiten (WE) erweiterten Sozialwohnungen** [Q.4] **fertig werden = mindestens 1.500 Bewohner** (Umrechnung laut aktueller Meldung vom NDR [Q.5] **durchschnittlich mindestens 5 Personen pro WE**; aufgrund von Familien- und Bekanntschaftssituationen und Nachzug ist zu erwarten, dass die in den Sozialwohnungen nicht mehr regelmäßig kontrollierte Belegung die 1.500 schnell überschreiten kann).
- Ohne Überzeichnung kann man aufgrund dieser Planung von einer **Belegung der Gesamtfläche mit bis zu 2.000 - 2.200 Bewohnern** nach Abschluss aller Baustufen für die kommenden Jahre ausgehen.
- Hinzu kommen **im direkten Umkreis von 3km** die weiteren geplanten Wohnanlagen [Q.4]:
 - **mind. 950** Personen Erstaufnahme im Fiersberg (an der Buslinie 276/176),
 - **mind. 1.500** Personen (ebenfalls 300 Wohneinheiten) direkt angrenzend in Hummelsbüttel zwischen Rehagen, Högenredder und Poppenbütteler Weg (Nähe Aspria),
 - **mind. 1.500** Personen (ebenfalls 300 Wohneinheiten) direkt angrenzend in Hummelsbüttel nördlich der Glashütter Landstraße.
- D.h. in Summe ist die Unterbringung von **mindestens 5.500 zusätzlichen Menschen in 3km Umkreis von unserem Gebiet geplant**, die **in den nächsten 1-3 Jahren weitestgehend ohne Bürgerbeteiligung** entstehen sollen.
- **Wandsbek liefert mit dieser dichten Planung allein in zwei angrenzenden von 18 Stadtteilen 730 der aktuell 800** von jedem Bezirk geforderten Sozialwohnungen.
- Diese Größenordnung trifft (wenn auch teilweise formell zu anderen Stadtteilen gehörend, aber direkt angrenzend) **auf die zentrale Infrastruktur und rund 22.000 Einwohner in Poppenbüttel.**

Die Bürgerbeteiligung soll weitestgehend entfallen:

- "Sollte der Bau zusätzlicher Wohnungen im kommenden Jahr gestartet werden, bedeutet das, dass **keine Bebauungspläne gemacht werden** könnten. Genehmigt werden müsste **nach Paragraph 34 des Baugesetzbuchs oder nach Polizeirecht** mit einem nachgeschobenen Bebauungsplanverfahren. Die Innenbehörde prüft derzeit beide Varianten. Bei beiden entfielen de facto die Bürgerbeteiligung. 'Es geht nicht anders, wenn wir helfen wollen', sagen Quast und Wandsbeks Grünen-Fraktionschef Dennis Paustian-Döscher."
(entnommen aus: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article205758213/Tausende-Wohnungen-in-Hamburg-fuer-Fluechtlinge.html>)

- "Die kurze Bauzeit erklärt der Behördensprecher damit, dass man **auf das übliche Bebauungsplanverfahren verzichte**. Die Gebäude könnten auch auf Flächen errichtet werden, auf den bislang kein Planrecht existiere oder in Gewerbegebieten. Die Folge dieser Regelung: **Bisherige Beteiligungsverfahren für die Bürger gibt es nicht. Die Bürger würden aber frühzeitig informiert**, sagte Kutz.

(entnommen aus: <http://www.abendblatt.de/hamburg/article205944791/Stadt-baut-2016-im-Eilverfahren-5600-Wohnungen-fuer-Fluechtlinge.html>)

Den Medien war die **aktuelle Drucksache "Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen"**, die am Dienstag 6.10. vom Hamburger Senat dazu entscheiden wurde, schon seit Freitag bekannt. Allein die Drucksache selbst konnte bis heute noch nicht abgerufen werden.

Siehe u.a.

- <http://www.zeit.de/hamburg/aktuell/2015-10/02/migration-hamburg-will-im-schnellverfahren-wohnungen-fuer-fluechtlinge-bauen-02135002>
- <https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/5000-Sozialwohnungen-fuer-Fluechtlinge-,fluechtlinge3944.html>
- <http://www.welt.de/incoming/article147202560/Fluechtlingshilfe-beklagt-fehlendes-Gesamtkonzept.html>
- <http://www.abendblatt.de/hamburg/article205971827/Wo-Hamburger-Bezirke-Fluechtlingswohnungen-planen.html>

Was können Sie tun - wie können Sie sich wenigstens ein Stück Bürgerbeteiligung verschaffen?

- Richten Sie Ihre Fragen, Sorgen, Anregungen, Verbesserungsvorschläge, etc. **direkt an die darüber entscheidenden Politiker, vor allem die der Regierungsparteien SPD und B90/Die Grünen**, die mit ihrer auch in Poppenbüttel gewählten Mehrheit über die finale Lösung entscheiden:
<https://sitzungsdienst-wandsbek.hamburg.de/bi/pa021.asp>
- Und **nutzen Sie auf jeden Fall auch die Bürgersprechstunden im Rahmen der öffentlichen Sitzungen der Bezirksverwaltung**:
https://sitzungsdienst-wandsbek.hamburg.de/bi/si010_e.asp
- Richten Sie Ihre **Anfragen und Vorschläge auch schriftlich** an unsere Lokalpolitiker, bzw. an die Bezirksghremien, denn damit sind diese Anfragen dokumentiert.
- **Nur so kommen Sie in den Dialog und jeder auch noch so kleine Beitrag zählt!**

[Quelle 1: Übereinstimmende Aussagen von Hr. Ritzenhoff zu einem Anwohner unmittelbar nach der 2. Infoveranstaltung, sowie Aussagen von Fr. Quast am Rande der Bezirksversammlung vom 17.9. zu einer Anwohnerin]

[Quelle 2: Aussage aus der Einleitung von der Infoveranstaltung Fiersbarg - siehe unten]

[Quelle 3: Anwohnerkontakte zu ausführenden Instanzen]

[Quelle 4: <https://sitzungsdienst-wandsbek.hamburg.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1003571>]

[Quelle 5: <http://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Hamburg-baut-Sozialwohnungen-fuer-Fluechtlinge-,fluechtlinge4112.html>; für eine spätere Entspannung der Flüchtlingssituation setzen konkrete Planungen für andere Standorte immer noch durchschnittl. mind. 4 Personen pro WE an, siehe Sitzungsunterlagen, Planungsbeispiele aus Schreiben der BASFI unter <https://sitzungsdienst-wandsbek.hamburg.de/bi/vo040.asp>]

(2) Zusammenfassung Infoveranstaltung "Erstaufnahme Fiersburg" vom 15.9.:

- Die Sporthalle der Schule Lemsahl-Mellingstedt war gut gefüllt, aber niemand musste draußen bleiben (rund 200 Sitzplätze, aufgefüllt mit Stehplätzen).
- Diesmal leitete der stellvertretende Bezirksamtsleiter Frank Schwippert ein, und für die Innenbehörde präsentierte Johanna Westphalen, eine Abteilungsleiterin des Altonaer Zentralamts.
- Wie üblich wurde das Bedauern über die kurzfristige Information geäußert und auf die aktuelle Lage verwiesen.
- Einleitend von der Innenbehörde zur Situation in Hamburg: "Bis Juni hat noch alles mit der ordentlichen Registrierung geklappt. **Seit Juli haben die Behörden keinen genauen Überblick mehr**, wo sich die 14.000 Flüchtlinge der letzten Wochen und Monate täglich genau aufhalten, ob sich die Zahl bereits durch Abgänge, Weiterreisen, etc. verändert. **Das Einzige, was zur Zeit einigermaßen klappt, ist die Zählung bei der Ankunft**, danach verliert sich die Nachverfolgung aktuell", man hoffe, "das in den nächsten Monaten wieder in den Griff zu bekommen".
- **"Alle Plätze und Orte werden auf Anweisung des Senats auf maximale Nachverdichtung überprüft"**.
- Sonst übliche Prüfungen und Genehmigungen werden nicht durchgeführt. Das Hamburger **SOG (Sicherheit- u. Ordnungsgesetz) wird angewendet**.
- **"Man könne de facto den Bürger nicht mehr beteiligen"** - die Frage aus dem Publikum, wie sich das mit einer Demokratie vereinbare, wurde nicht, bzw. ausweichend beantwortet.
- **Baubeginn sollte noch in der selben Woche sein**, startete erst in der Woche 21.9., frühester **Bezug ist für Anfang November geplant**.
- Fiersburg wird eine **Erstaufnahme**, in der sich die Flüchtlinge eigentlich **nur 6 Wochen bis 3 Monate** aufhalten sollen, bevor Sie auf die Folgeunterbringungen verteilt werden, allerdings "kommen die Bezirke nicht mit den Folgeunterbringungen hinterher, **daher ist die Verweildauer deutlich länger**."
- Es findet dort **Vollversorgung** statt, u.a. durch eine Kantine auf dem Gelände, die Bewohner erhalten ein Taschengeld.
- Die Bewohner auch in der **Erstaufnahme dürfen sich frei bewegen, für Besucher ist der Zutritt nur unter Aufsicht und in Ausnahmefällen möglich** (Flüchtlingsinitiativen bekommen natürlich Ausweise; die Bewohner halten sich in der Regel nicht dauerhaft in der dicht gedrängten Anlage auf, sondern **bewegen sich nachvollziehbarer Weise je nach Wetter so weit wie möglich in der Umgebung** und Hamburg).
- Aktuelle Planung sind **950 Plätze**.
- Eine **mögliche Überbelegung und spätere Umwandlung in Folgeunterbringung "kann nicht ausgeschlossen werden"**.
- Bauart sind **Modulbauten aus gedämmten Wohncontainern**, "kein Luxus, aber auch keine Hafencorner".
- Auf den Wunsch der Anwohner, **statt mit zwei mit einer Zufahrt auszukommen**, konnte die Behörde positiv vermelden, man habe mit der Bauplanung eine Ringstraßenlösung gefunden, die den Bau- und Betreiberverkehr auf eine Zufahrt begrenzt.
- Die Einfriedung mit den von der vorhergehenden Anlage endlich hochgewachsenen **Bäumen soll weitestgehend erhalten bleiben**, einzelne Bäume auf dem Grundstück sollen möglichst ebenfalls eingeplant werden.

- **Betreiber wird zum ersten Mal die Johanniter Unfallhilfe**, die ebenfalls **erst wenige Tage zuvor davon erfahren hatte**. Das hat zwei mögliche Vorteile: Sie werden sich im Gegensatz zu F&W (Fördern u. Wohnen) **um diese Premiere sehr bemühen**, zweitens wurde die spätere Frage, ob die Bewohner am Wochenende wie üblich auch nur durch den Sicherheitsdienst gesundheitlich betreut werden, zurecht damit beantwortet "da **Gesundheitsversorgung der Vereinszweck der Johanniter** ist, kann man sich sicher sein, dass auch dies am Wochenende sichergestellt ist".
- Die Herausforderung bleibt auch die **Traumaversorgung**: Es gibt Sozialarbeiter, aber keine langfristige Traumatherapie.
- Zum Thema Gesundheitsversorgung: alle **Hamburger Flüchtlinge bekommen von der AOK Bremen eine Gesundheitskarte** und können damit alle Gesundheitsleistungen wie alle Bürger auch wahrnehmen - das Modell soll in der Republik Schule machen.
- **Es ist keine gezielte Verstärkung der Rettungswache in Lemsahl geplant**, die nur 12 Stunden am Tag besetzt ist.
- Zu **allen Sicherheits- und Kapazitätsfragen** (Schulen, Kitas, Polizei, Rettungskräfte, HVV Bus) kommt die gleich lautende Antwort -> "**man müsse und werde dann nachsteuern, wenn die Situation offenkundig auftritt**", vorerst reiche die Infrastruktur aus, sei hier sogar vergleichsweise deutlich besser als anderswo".
- Um die Busse zu entlasten, plane man die **Termine der Flüchtlinge in Wandsbek so zu verteilen**, dass sie sich nicht alle gleichzeitig am Monatsanfang dort melden müssten.
- **Bei Erstaufnahmen spielt das Thema Schule in der Regel keine Rolle**, da in den ersten 3 Monaten keine Schulpflicht besteht und im Rahmen solcher Anlagen die Kinder betreut werden, und Deutschunterricht vor Ort erhalten; da die Belegungszeit für die einzelnen Bewohner **aber vermutlich über 3 Monate hinaus gehen wird, muss dies in Zukunft neu bewertet werden**.
- **Die Vertreterin der Innenbehörde hat dem Gelächter aus dem Publikum** über die besorgte Frage einer Anwohnerin "dass da mehrheitlich nur junge Männer kommen und man im Dunklen als Frau nicht mehr alleine unterwegs sein könne" **überraschend deutlich Einhalt geboten** -> "man müsse sich in der Tat der Realität stellen: "**die Mehrheit besteht aus jungen Männer, gebildete Familien sind die Ausnahme**", es wird aber auf jeden Fall eine gemischte Belegung angestrebt. "Diejenigen, die zu uns kommen, sind nicht krimineller als unsere Gesellschaft". Eine Erhöhung der Kriminalitätsgefahr entspreche nicht den Tatsachen.
- Eine Dame aus dem Publikum berichtete, "sie habe bereits in der früher dort bestehenden Unterkunft **Hausaufgabenhilfe geleistet**. Diejenigen, auch junge Männer, die sie damals betreute, sind alle gute Steuerzahler geworden, die Stolz darauf seien **ihren Beitrag zu unserer Gesellschaft zu leisten**". Dies wurde vom Publikum applaudiert und von den Behördenvertretern begrüßt, "da dies der Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung entspreche".
- Die **Initiative "Lemsahl hilft"** hat sich ebenfalls präsentiert, "man habe sich erst **bei "Poppenbüttel hilft" einbringen wollen, dann aber festgestellt, lieber einen eigenen Weg zu gehen**". Weitere Informationen: <http://www.lemsahl-hilft.de/>

Setzen Sie sich gemeinsam mit Ihren Nachbarn aus allen angrenzenden Wohngebieten dafür ein, dass eine hinsichtlich der Größe verträgliche Flüchtlingsunterkunft entsteht, die es der Nachbarschaft ermöglicht, die Not der Flüchtlinge zu adressieren, jene längerfristig zu integrieren und ein friedliches Zusammenleben zu gestalten.

-> Dies ist nur im Rahmen des engagierten Dialogs mit den Verantwortlichen und unseren Volksvertretern, sowie eventueller öffentlicher Prozessschritte möglich.

Diese Informationen dienen ausschließlich persönlichen und privaten Zwecken. Sie wurden und werden im privaten Austausch gelesen und unterstützt von **über 400 Anwohnern** aus den Straßen Ihrer Nachbarschaft: unter anderem Poppenbütteler Berg, Ohlendieck, Kramer-Kray-Weg, Krischan-Kreibohm-Weg, Hartje-Rüter-Weg, Rode Ucht, Maike-Harder-Weg, Tönns-Wulf-Weg, Fährkrogweg, Achter Billing, Rönkrei, Jaspersdiek, Carsten-Meyn-Weg, Eggertweg, Gödersenweg, Ohlendiekskamp, Kupferteichweg, Schusterkoppel, Vörstekoppel - und weiteren Straßen der umgebenden Wohngebiete.

Die Autoren sind eine Gruppe von Anwohner aus Poppenbüttel und vertreten keine politischen Interessen. Sie übernehmen keinerlei Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit der bereitgestellten Informationen in diesem Dokument, auch wenn diese nach bestem Wissen und Gewissen im Interesse einer transparenten Information recherchiert und zusammengestellt wurden. Entsprechend der Transparenz wurden überall, wo vorhanden, Quellenhinweise hinterlegt.

Haftungsansprüche gegen die Autoren, welche sich auf Schäden materieller oder ideeller Art beziehen, die durch die Nutzung oder Nichtnutzung der dargebotenen Informationen bzw. durch die Nutzung fehlerhafter und unvollständiger Informationen verursacht wurden, sind grundsätzlich ausgeschlossen.

Im Falle einer Weiterverwendung oder Veröffentlichung dieser Information ist der jeweilige Autor dafür verantwortlich, die Quellenangaben zu überprüfen und seine eigenen Schlussfolgerungen zu ziehen. Dies gilt auch für die angeführten Internet-Links: Mit Urteil vom 12. Mai 1998 - 312 O 85/98 - "Haftung für Links" hat das Landgericht (LG)Hamburg entschieden, dass man durch das Setzen eines Links, die Inhalte der gelinkten Seite ggf. mit zu verantworten hat. Dies kann - so das LG - nur dadurch verhindert werden, dass man sich ausdrücklich von diesen Inhalten distanzieret. Hiermit distanzieren wir uns ausdrücklich von dem Inhalt der verlinkten Seiten sowie davon weiterleitenden Links.